



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/III/85

19. Juli 1948

(Vorbemerkung: In Kürze ist mit der Veröffentlichung der sozialdemokratischen Leitsätze zum Lastenausgleich zu rechnen. Der nachstehende Aufsatz basiert auf ihrem Inhalt. Die Redaktion.)

## Der Lastenausgleich ist kein Konkursverfahren

Von Rudolf Gerstung, Sozialreferent beim Vorstand der SPD

Mit dem Lastenausgleich soll der endgültige wirtschaftliche Schlußstrich unter eine unselige Vergangenheit gezogen werden. Dieser Schlußstrich ist notwendig, weil der Wiederaufbau nicht ohne ihn möglich ist. Wie aber sieht das Ergebnis aus? Ein großer Teil des deutschen Volkes hat Haus und Hof, Spargroschen und Lebensversicherung, Möbel und Kleidung, kurz die gesamte Existenzgrundlage verloren. Bei vielen kommt der Verlust von Gesundheit und Arbeitsfähigkeit, der Heimat und naher Angehöriger dazu. Diese Passivseite der Bilanz läßt sich auch nicht annähernd in Zahlen ausdrücken, weil sie Posten enthält, die mit Zahlen gar nicht bewertet werden können.

Auf der Aktivseite stehen die verbliebenen Werte. Auch hier reichen Zahlen nicht aus, um das wahre Wertverhältnis auszudrücken. Die Besitzer der verbliebenen Werte sehen in ihnen nicht nur reale Zahlengrößen, sondern auch gleichzeitig die Möglichkeit, dem Versinken in gleichen Elend, in denen die Verlierer sich befinden, zu entgehen. Dieses schroffe Nebeneinander muß ausgeglichen werden, und zwar nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des nationalen Anstandes. Das ist der Sinn des Lastenausgleichs.

In einer vom wirtschaftswissenschaftlichen Institut der Gewerkschaften der britischen Zone herausgegebenen Schrift wird versucht, die deutsche Schlußbilanz in Zahlen auszudrücken. Danach umfaßt das rechtliche Sachvermögen rund 190 Milliarden Mark. Dieser Aktivmasse stehen Ansprüche in Höhe von 640 Milliarden Mark gegenüber. Wenn man in einem Konkursverfahren die Summe der Aktiva und Passiva errechnet, so liegt der Gedanke nahe, auch die Abfindung der Gläubiger, d.h. der Geschädigten, nach den Grundsätzen des Konkursverfahrens durchzuführen. Das verbliebene Vermögen würde "versilbert" werden und den Gläubigern entsprechend ihrem Anteil in Form von Quoten zur Verfügung gestellt. Das ist die Form, in der wohl der größte Teil der Geschädigten die Liquidierung des Krieges erwartet.

Ist mit dieser Methode den Geschädigten wirksam zu helfen? Ein Konkursverfahren setzt voraus, daß die Ansprüche der Gläubiger festgestellt werden. In unserem Falle würde das eine Feststellung jedes

erlittenen Einzelschadens bedekten.

Diese Feststellungen können nie zu auch nur einigermaßen vorläufigen Unterlagen führen und außerdem würden Jahre darüber vergehen. Wäre die Feststellung des Schadens aber schließlich erfolgt, so hätte der Geschädigte einen Anspruch auf Ersatz gegen den Staat oder eine zu diesem Zweck geschaffene öffentlich-rechtliche Körperschaft. Nach diesem Verfahren hätte der früher reich gewesene Grundbesitzer oder Unternehmer natürlich in absoluten Zahlen einen höheren Schaden erlitten als der Mittelständler oder Arbeiter. Mit der ihm auszustehenden Ersatzleistung könnte er wieder einen Betrieb aufmachen oder in sonstiger Weise seinen Lebensunterhalt sichern. Der kleine Geschädigte bekäme zwar auch eine Abfindungssumme, die aber wahrscheinlich nicht ausreichen würde, um damit einen neuen Anfang zu beginnen. Auf einer niedrigeren Ebene wären die früheren Eigentumsverhältnisse wieder hergestellt.

Dieser Weg ist abzulehnen. Maßgebend für das Ausgleichs- oder Entschädigungsverfahren muß vielmehr der Grundsatz sein, daß dem am meisten gegeben wird, der unter Berücksichtigung seiner sozialen Lage auch am meisten geschädigt worden ist. Der Verlust einer Existenz oder der Verlust der Arbeitsfähigkeit ist ein größerer Schaden als der Verlust noch so hoher, in absoluten Zahlen zu beziffernder Werte, wenn in letzterer Falle die Möglichkeit verblieben ist, durch eigene Arbeit wieder eine Existenz zu gründen. Das Konkursverfahren und die Ausschüttung einer Quote ist daraus aus sozialen Gründen abzulehnen.

Der Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit verlangt, daß an erster Stelle die Ansprüche der hilflosen Notleidenden zu stehen haben. Die Befriedigung der Bedürfnisse dieser Gruppe ist vor allen Dingen sicherzustellen. Es ist ferner notwendig, die Erstattungsleistungen auf die schweren Schäden zu beschränken, wobei, wie schon gesagt, die soziale Lage des Betroffenen entscheidend ist. Nur besondere wirtschaftliche und soziale Gründe können die Gewährung von Entschädigungen an weniger stark Betroffene rechtfertigen. Es ergibt sich ferner, daß es zweckmäßig ist, eine Gruppierung der Ansprüche durch Festsetzung von Stufen des Entschädigungsgrades vorzunehmen.

Der Lastenausgleich kann also nicht darin bestehen, daß die überkommenen Eigentumsverhältnisse annähernd wieder hergestellt werden. Er besteht im wesentlichen darin, zu erreichen, daß alle Deutschen gleichmäßig an der durch den Krieg und seine Folgen verursachten Armut teilnehmen.

### Aus der blockierten Stadt

Von unseren Berliner Korrespondenten

Über die Stadt fliegen die Flugzeuge, die zweimotorigen Dakotas, die viernotorigen Skymasters, York und Sunderland-Flugboote. Sie stoßen durch die dichten Wolken, Tag und Nacht und zu jeder Stunde, so daß die Minuten, in denen der Himmel über Berlin einmal ruhig bleibt, beinahe gespenstisch wirken. Das besonders in den ersten Nachtstunden, die sehr früh über die Millionenstadt hereinstürzen und die Stadt, stromlos, zur Dunkelheit zwingen. Nach sechs Uhr, wenn die Sonne noch hoch in den Wolken steht, erstirbt das Rauschen der U-Bahnen und Straßenbahnen in den westlichen Sektoren.

Aber nur in der Stadt der zweieinviertel Millionen westlich des Brandenburger Tores bricht der Zwangsfeierabend so früh herein. Die Stadt besteht schon jetzt aus zwei Städten. Die andere ist die östliche Stadt: die sowjetbesetzte. Dort können die U-Bahnen und Straßenbahnen regelmäßig fahren und dort brennt auch Licht zu allen Stunden des Tages. Auch das Gas, in den westlichen Sektoren auf die Hälfte des bisherigen schmalen Kontingents gedrosselt, brennt dort weiter in gleicher früherer Menge. Seit mehr als drei Wochen sind sie bevorzugt, die sowjetbesetzten Berliner von Pankow, Prenzlauerberg, Treptow, Friedrichshain, Köpenick, Lichtenberg und Weißensee. Sie kommen aber gern in die "andere" Stadt, die Weststadt, in der sich die Menschen wie Keringe drängen müssen, um mit einer Trambahn mitzukommen. Sie kommen in das von Marschall Sokolowski verbotene Reich der D-Mark, weil sie den ganz anderen Atem der Stadt hier suchen.

Die Oststadt Berlins ist noch nicht durch Stacheldraht von der westlichen Stadt abgezaunt. Auch der Intersektorenpaß ist noch nicht eingeführt. Aber der S-Bahn-Fahrer, der von Schöneberg nach Pankow fährt, versteckt sein D-Geld in Schuhen, um nicht bei den hundert Razzien in der Bahn und auf der Bahnstrecke seines Geldes beraubt und zu lästigen längeren Aufenthalt gezwungen zu werden. In den ersten Tagen der doppelten Währung war es arg; russische und deutsche, kommunistisch gelenkte Polizei nahmen Deutschen das deutsche Geld. Das hat nachgelassen. Jetzt wird es offiziell und nach richtiggehenden Plan in den Westsektoren durch russische Einkäufer eingehandelt. Am Potsdamer Platz stehen die ersten, an der Kurfürsten-Ecke Bülowstraße andere, am Zoo-Bahnhof weitere Gruppen, die bündelweise die Tapetenmark herüberbringen und für jede Deutsche Mark drei bis dreieinhalb Ostmark bieten. Man weiß, wer diese Ankäufer, die selten genug richtiges Deutsch sprechen, schickt. Sie werden gewiß nicht von dem Befehl Sokolowskis getroffen, der den Besitz von D-Mark unter Strafe stellte. Doch die Tapetenmark wird von Tag zu Tag wertloser. Für die auf Marken erhältlichen Waren, die in der ganzen Stadt in Ostwährung zu haben sind, braucht man nur eine relativ bescheidene Summe. Für alles übrige, was der Tag fordert, wird D-Mark verlangt. Sie aber ist rar, und jeder, der sie hat, steckt sie sorgfältig in die hinterste Falte seiner Geldtasche. Das ist gut und ärgerlich zugleich, daß jeder liberale Unlauf, der für die Stadt gewährt würde, das Loch vergrößern müßte, durch das das Geld in die Hände der kommunistischen Propaganda läuft.

Das wird dauern, solange die Stadt eine aus der Luft ernährte Insel bleibt. Durch die westliche Stadt wandern die Massenkurdengebungen, zu denen Tausende und Abertausende kommen, erfüllt von der weltpolitischen Aufgabe, die Berlin in diesen Wochen zugefallen ist. Von drüben, aus der Propagandeküche der Kommunisten und ihrer Auftraggeber, rumort die Aufforderung zum Bürgerkrieg, wird die Not der brutal blockierten Stadt geschürt. Jeder Betrieb, der durch Stromsperrn und Materialmangel betroffen wird, wird in der SED-Agitation zum Menetekel des wirtschaftlichen Ruins, das "der Westen über die Wirtschaft Berlins beschwor", Der FDGB, kommunistisches Einheitsorgan der östlichen Propaganda, stachelt die Betriebsräte der westlichen Firmen auf, gegen die westlichen Wirtschafts- und Währungsmaßnahmen sich aufzulehnen und, wie sie sagen, selbst Hand anzulegen. Mehrere Male haben die "Organisationsausschüsse" der Kommunisten das Signalhorn zum Angriff bereits in Munde gehabt, immer wieder sind sie zurückgeschreckt, weil dieser Parteienkampf um Berlin im Osten sie alles an Ansehen gekostet hat, was sie vielleicht in das Deutschland nach 1945 mitgebracht haben mögen. Es wird Arbeitlose in Berlin geben, die die russische Blockade gegen zweieinviertel Billionen Berliner erzwingt. Doch es wird Wege geben, diese vorübergehenden Zwangsentlassungen auszugleichen. Magistrat und Stadtparlament der Drei Demokratischen Parteien, die von der Aktivität vor allem der SPD geleitet werden, haben schon Wege gefunden, auch diesen Notstand auszugleichen.

Viele Improvisationen sind in den letzten drei Jahren notwendig gewesen, in diesen letzten drei Wochen wurden aber in Berlin neue Maßnahmen notwendig, wie sie für die Geschichte dieser Zeit noch ohne Beispiel sind, diktiert von dem eisernen Entschluß, die Position Berlin für Deutschland und für den Westen zu erhalten. Wenn auch für den Ostsektor Berlins gegenwärtig andere Gesetze als für die westlichen Sektoren gelten - sie und nicht minder die graue Zone rings um Berlin herum sind in stummer Anteilnahme mehr noch daran interessiert, daß dieses Ringen um Berlin ein Sieg um die Freiheit wird.

(t/B3a/196/2/hs)

#### Politische Konsequenzen des Geldschnitts

Friedrich Stauffer schreibt in der "Neuen Volkszeitung" New York zur Währungsreform u.a.:

"Bei der schweren Verantwortung für die deutsche Wirtschaft, die Amerika auch sonst auf sich genommen hat, ist es nur logisch, daß es die Verantwortung für diesen gefährlichen Eingriff nicht den Deutschen überlassen wollte. So ergibt sich ein Zwang zur amerikanisch-deutschen Zusammenarbeit, den sich keiner der beiden Teile entziehen kann. Hinter diesem Zwang steht für den einen die Drohung mit dem Hungertod, für den anderen die Gefahr, Europa an das bolschewistische Rußland zu verlieren. Für keinen der beiden gibt es ein Zurück. Aber so gewiß es kein Zurück gibt, so gewiß gibt es auch etwas anderes nicht: ein Stehenbleiben

bei dem erreichten Zustand. Man muß, um das zu erkennen, nur nach Berlin blicken. Es handelt sich aber nicht nur um Berlin, sondern auch - das wird zu oft übersehen - um Magdeburg und Halle, Leipzig und Dresden, Stettin und Breslau und das sie umgebende agrarische Hinterland. Dieses Stück Deutschland kann nicht in dem Zustand bleiben, in dem es sich heute befindet und in dem es durch die westdeutsche Währungsreform einstweilen nur noch tiefer hineingestoßen wird.

Amerika kann, selbst wenn es das wollte, den deutschen Osten nicht abschreiben, weil der Deutsche Westen ihn nicht abschreiben wird. Kein Mensch in Deutschland ist bereit, die Zerreißung des Landes als unwider-rufliche Tatsache anzunehmen. Um es noch deutlicher zu sagen: kein deutscher Sozialdemokrat wird seine Kameraden im Osten im Stich lassen. Bei allem Respekt vor der amerikanischen Demokratie - es gibt unter den Einwohnern dieses Landes keinen, der für die Sache der Demokratie soviel gewagt und getragen hat wie unsere Genossen im Deutschen Osten. Sie im Stich zu lassen, wäre eine Infamie, deren sich kein Sozialdemo-krat schuldig machen wird.

Solang die Zerreißung Deutschland besteht, wird es ein deutsches Problem geben, an dem die Außenpolitik keines Landes, am wenigsten die Amerikas, vorübergehen kann. Amerika kann sich nicht darauf be-schränken, die neue westdeutsche Währung nicht vor die Hunde gehen zu lassen. Nachdem es A gesagt hat, wird es auch B sagen müssen und so das ganze Alphabet herunter bis zum Z. Dieses Z muß nicht der Krieg sein und soll nicht der Krieg sein, den jeder in Deutschland fürchtet und der nur noch mehr zertrümmern und zerreißen kann. Amerika kann bei der amerikanisch-deutschen Zusammenarbeit bloß auf westdeutsch-wirtschaft-lichen Gebiet nicht bleiben, eine politische Zusammenarbeit, die die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands zum Ziele hat, ergibt sich aus dem bisherigen Lauf der Dinge als zwingende Konsequenz.

Die Warschauer Konferenz, die auf eine Annexion Ostdeutschlands durch den panslawistisch-bolschewistischen Block zusteuert, zeigt den Kampf um Europa auf einem neuen Höhepunkt. Um ihn zu gewinnen, braucht Amerika die Bundesgenossenschaft der deutschen Demokratie auf beiden Seiten des eisernen Vorhangs. Für eine Quislings- und Satellitenrolle ist sie nicht zu haben; sie wird ihre selbständige Stellung wahren und ihre eigenen Wege gehen, wie ihre Grundsätze ihr das vorschreiben. Wer sie zum Bundesgenossen haben will, muß sich von der Vorstellung befreien, als ob er sie von oben herunter behandeln könnte".

### Ewige Reparationen

A.F. Eines der Hauptargumente der französischen Kommunisten gegen die Bildung eines Westdeutschlands und gegen die Ausschaltung des Ein-flusses der SED ist der Wunsch, von Deutschland auf Jahre hinaus Repa-rationslieferungen zu erhalten. In diesem Sinne hat der diplomatische Be-lakteur der kommunistischen "Humanité", Pierre Courtade, dieser Tage festgestellt, daß die SED für die Ostzone einen neuen Zweijahresplan aus-arbeitet und darin 25 Prozent der Gesamtproduktion für Reparations-

Lieferungen reserviert habe. Man versteht sehr wohl, daß die deutschen Kapitalisten und die Angelsachsen in der Trizone nicht die Anwendung eines Systems wünschten, das "die Deutschen entsprechend dem Potsdamer Abkommen verpflichtet, die Schäden, für die sie kollektiv verantwortlich sind, wiedergutzumachen".

#### Internationale sozialistische Ärztekonzferenz

sp. In London fand dieser Tage die erste internationale sozialistische Ärztekonzferenz nach dem Kriege statt. Delegationen aus Europa und Amerika waren vertreten. Ohne jede vorherige Diskussion und Abstimmung nahm auch Deutschland gleichberechtigt an allen Beratungen und Beschlußfassungen durch die "Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Ärzte Deutschlands", vertreten durch ihren org. Vorsitzenden Dr. K a r l Flensburg, sowie durch Dr. I c k e r t , Hannover und Dr. M i s g e l Berlin teil. Der erste Beschluß der Konferenz galt der Konstituierung des provisorischen Komitees der "International Socialist Medical Association". Diese internationale sozialistisch-medizinische Gesellschaft wird als ihre erste Aufgabe ihren Mitgliedsstaaten Informationen über den Stand der Gesundheitslage, der Gesundheitsorganisationen und des öffentlichen Gesundheitsdienstes übermitteln sowie in ständiger gegenseitiger Fühlungnahme Sozialisierungsmaßnahmen auf dem Gebiet des Gesundheitswesens beraten. Der vorläufige Sitz des Komitees ist London. Das Sekretariat wird von der britischen Sektion der "ISMA" wahrgenommen. Im Verlauf der achtägigen Besprechungen berichteten die Vertreter der verschiedenen Verbände über ihre nationalen Probleme auf dem Gesundheitsgebiet. Die englischen Delegierten gaben einen aufschlußreichen Überblick über das große Sozialwerk des "nationalen Gesundheitsdienstes", das jedem Engländer völlig freie Heilbehandlung ermöglicht und die persönlichen Beziehungen zwischen Arzt und Patient endlich aus der Sphäre irgend welcher geldlicher Bindungen bei völlig freier Arztwahl heraushebt. Der Bericht über das seit 1945 in Deutschland auf dem Gesundheitsgebiet wieder geleistete fand besondere Beachtung. Der Existenzkampf der Deutschen Sozialversicherung, ihr Ringen um neue fortschrittliche Formen, und das Tuberkuloseproblem stießen auf größtes Verständnis. Die Ankündigung der deutschen Ergänzung des "englischen Weißbuches über die Th.-Lage in Deutschland" wurde bereitwillig aufgenommen.

Im weiteren Verlauf der Tagung wurden englische Krankenanstalten, Spezialforschungsinstitute, Anstalten der "Wiederherstellungsmedizin" für im Arbeitsprozeß erworbene körperliche und seelische Schädigungen besichtigt, außerdem ein "Bluttransfusionszentrum", das nach allen Regeln modernster Forschung untersuchtes und getestetes Blut zur Transfusion präpariert und für die Krankenanstalten bereitstellt.

Nach einer Aussprache zwischen Viktor G o l l a n e z und dem Berliner Delegierten über die Möglichkeit der Hilfe für Berliner Krankenhäuser endete die Tagung mit einem Empfang bei der Fabian-Gesellschaft.

(b/31/197/2/as)